
Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung von Kundenbeziehungen nach GoB im Vergleich zu IFRS

Jana Katharina Müller

Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung von Kundenbeziehungen nach GoB im Vergleich zu IFRS

Objektivierung des immateriellen
Vermögensbegriffs

 Springer Gabler

Jana Katharina Müller
Lingen (Ems), Deutschland



ISBN 978-3-658-40543-4 ISBN 978-3-658-40544-1 (eBook)
<http://doi.org/10.1007/978-3-658-40544-1>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en) 2023. Dieses Buch ist eine Open-Access-Publikation. **Open Access** Dieses Buch wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Die in diesem Buch enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen. Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten. Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Planung/Lektorat: Marija Kojic
Springer Gabler ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.
Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Geleitwort

Obwohl die Bilanzierung immaterieller Vermögensgegenstände nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) bzw. immaterieller Vermögenswerte nach International Financial Reporting Standards (IFRS) in den letzten Jahren wenig gesetzgeberische und regulatorische Veränderung erfahren hat, wurden Unternehmen durch das Aufkommen neuartiger Sachverhalte und Geschäftsvorfälle, wie Cloudprodukte und Kryptowährungen, vor bilanzielle Herausforderungen gestellt, die sich nicht ohne weiteres innerhalb der bestehenden Regelwerke lösen lassen. Eine weitere Herausforderung stellen nach wie vor die durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) 2009 geschaffenen Regelungsunsicherheiten bei der Bilanzierung selbstgeschaffener immaterieller Vermögensgegenstände dar, die auch durch die Veröffentlichung des Deutschen Rechnungslegungs Standards DRS 24 in 2015 nicht ausgeräumt werden konnten.

Diesen Herausforderung nimmt sich die vorliegende Dissertation an: Es werden am Beispiel der immateriellen Vermögensgegenstände mit Fokus auf Kundenbeziehungen konkrete Vorschläge für eine von der Steuergerichtsbarkeit losgelöste handelsrechtliche Normkonkretisierung entwickelt, und zwar methodisch, indem eine mögliche Legitimation des DRSC diskutiert wird, und inhaltlich, indem eine moderne Konkretisierung des Greifbarkeitskriteriums unter besonderer Berücksichtigung des umstrittenen DRS 24 sowie durch Einbezug aktueller Themen und Sachverhalte und neuerer BFH-Urteile vorgenommen wird. Bezüglich der IFRS zeigt die Verfasserin pointiert das Spannungsverhältnis zwischen der vom Standardsetzer gewollten Abgrenzung immaterieller Vermögenswerte vom Goodwill bei Unternehmenszusammenschlüssen und der damit einhergehenden Entobjektivierung auf, das zu Recht kritisch gesehen und als wichtiger Unterschied zu den handelsrechtlichen GoB herausgearbeitet wird,

wo insbesondere an die selbständige Bewertbarkeit aus Objektivierungsgründen deutlich höhere Anforderungen gestellt werden. Auch leistet die Verfasserin durch intensive Auseinandersetzung mit den potenziellen Folgen der in 2018 vollzogenen Änderungen auf IFRS-Rahmenkonzeptebene einen wertvollen Forschungsbeitrag, der als Leitlinie für die zukünftige Standardsetzung dienen kann.

Es ist die Verbindung aus wissenschaftlicher Exzellenz innerhalb der normativen Forschungsmethode sowie Relevanz für Normgebung und Bilanzierungspraxis, die diese Arbeit auszeichnet.

Prof. Dr. Sonja Wüstemann

Vorwort

Die vorliegende Arbeit entstand während meiner Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für allgemeine Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Rechnungslegung und Controlling der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) und wurde im Juli 2021 von der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in unwesentlich veränderter Form als Dissertation angenommen.

Die Erstellung dieser Arbeit und die während dieser Zeit ausgeübte Lehrtätigkeit war eine höchst bereichernde Erfahrung, wozu zahlreiche Personen auf unterschiedliche Art und Weise beigetragen haben. Für die vielfältige Unterstützung möchte ich ihnen an dieser Stelle gerne Danke sagen.

Mein besonderer und herzlichster Dank gilt meiner Doktormutter, Frau Professor Dr. Sonja Wüstemann, dafür, dass sie mich ermutigt hat, diese Arbeit zu schreiben, und deren Entstehungsprozess mit Interesse sowie konstruktiver Kritik begleitet hat. Für die mir gegebenen Freiheiten sowie das entgegengebrachte Vertrauen bin ich überaus dankbar. Frau Professor Dr. Susanne Tiedchen danke ich vielmals für die freundliche Übernahme des Zweitgutachtens.

Für den fachlichen Austausch, die gegenseitige Unterstützung und die gute Stimmung am Lehrstuhl danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen. Hervorheben möchte ich Dr. Annemarie Conrath-Hargreaves und Dr. Annkatrin Jendreck, denen ich für die vielen wertvollen Diskussionen und Anregungen danke, ganz besonders aber für die freundschaftliche Zusammenarbeit und Verbundenheit. Sie haben meine Zeit am Lehrstuhl maßgeblich mitgeprägt. Elvira Fleischer, Aileen Schubert und Tim Schwertner danke ich ganz herzlich für ihre Unterstützung, besonders in der Endphase meiner Promotion.

Nicht genug danken kann ich meinem Mann. Auf seine Unterstützung und seinen Rückhalt konnte ich während des Studiums und der Promotion jederzeit und ohne Einschränkung zählen. Meinen Eltern danke ich von Herzen für ihr stetes Vertrauen und ihre bedingungslose Unterstützung auf meinem bisherigen Lebensweg.

Jana Katharina Müller

Inhaltsverzeichnis

1	Problemstellung	1
2	Rechnungslegungsordnung	11
2.1	Bedeutung der Normermittlung für die Schärfung des Vermögensbegriffs	11
2.1.1	Ermittlung handelsrechtlicher GoB	11
2.1.1.1	Rechtsnormcharakter	11
2.1.1.2	Lückenloses GoB-System	12
2.1.1.3	Durch die Maßgeblichkeit legitimierte Vorfragenkompetenz finanzgerichtlicher Rechtsprechung zur Auslegung handelsrechtlicher GoB	13
2.1.1.4	Notwendigkeit und Legitimation alternativer Auslegungsquellen	16
2.1.1.4.1	Grenzen des bestehenden Maßgeblichkeitsverständnisses	16
2.1.1.4.1.1	Abweichen von handels- und steuerbilanziellen Regelungen	16
2.1.1.4.1.2	Internationale Harmonisierungstendenzen	17
2.1.1.4.2	Mangelnde Eignung der Anknüpfung an IFRS	19

2.1.1.4.3	Konzeption einer alternativen Auslegung durch das DRSC	20
2.1.1.4.3.1	Status quo: Legitimation des DRSC zur Konkretisierung konzern- spezifischer GoB	20
2.1.1.4.3.2	Perspektivische Legitimation des DRSC zur GoB-Ausle- gung – Diskus- sion institutioneller Rahmenbedingun- gen	23
2.1.2	Ermittlung der IFRS	29
2.1.2.1	Rechtsnormcharakter durch Übernahme in Gemeinschaftsrecht	29
2.1.2.2	Lückenhafte Regelungsdichte	31
2.1.2.2.1	Unsystematische Ermittlung durch unterschiedliche Auslegungsquellen	31
2.1.2.2.1.1	Adressaten- bezogene Standardent- wicklung und -auslegung	31
2.1.2.2.1.2	Durchsetzung der in Gemein- schaftsrecht übernommenen Normen	32
2.1.2.2.2	Stellenwert des IFRS-Rahmenkonzepts	36

2.2	Abhängigkeit des Begriffsverständnisses von zugrunde liegender bilanztheoretischer Konzeption	38
2.2.1	Determinierung des Objektivierungserfordernisses durch die Zwecksetzung von Rechnungslegungsordnungen	38
2.2.1.1	GoB: Abgrenzung von Ausschüttungsbemessung und Informationsvermittlung	38
2.2.1.1.1	Gewinnanspruchsermittlung als primärer Zweck der Handels- und Steuerbilanz	38
2.2.1.1.2	Nachrangigkeit der Informationsfunktion	40
2.2.1.1.2.1	Heilung von Informationsverzerrungen im Anhang	40
2.2.1.1.2.2	Entwicklung einer gestärkten Informationsfunktion	42
2.2.1.2	IFRS: Spannungsverhältnis von Entscheidungsnützlichkeit und Rechenschaftslegung	44
2.2.1.2.1	Vermittlung entscheidungsnützlicher Informationen als prinzipiell entobjektivierter Fundamentalzweck	44
2.2.1.2.2	Rechenschaftsfunktion als Teil entscheidungsnützlicher Informationen	45
2.2.2	Konkretisierung der Rechnungslegungsinhalte	47
2.2.2.1	GoB: Ausprägung des handelsrechtlichen Vergleichbarkeits- und Objektivierungserfordernisses	47
2.2.2.1.1	Objektivierende Interdependenz von Gewinn- und Vermögensermittlungsprinzipien	47

	2.2.2.1.1.1	Vermögensermittlungsprinzip zur Konkretisierung einer vermögensorientierten Gewinnermittlung	47
	2.2.2.1.1.2	Objektivierende Funktion des Realisationsprinzips als zentrales Prinzip einer vorsichtigen Gewinnermittlung	48
	2.2.2.1.2	Wirtschaftliche Betrachtung als Ausfluss teleologischer Rechtsauslegung	50
2.2.2.2		IFRS: Grundsätzliche Determinierung der Reichweite der Objektivierung durch die qualitativen Anforderungen an die Rechnungslegung	51
	2.2.2.2.1	Ausübung sachverständigen Ermessens zur Vermittlung relevanter Informationen	51
	2.2.2.2.2	Objektivierungstendenzen durch die glaubwürdige Darstellung als untergeordnetes Anforderungskriterium	53
	2.2.2.2.2.1	(Vermeintliche) Konkretisierung der Verlässlichkeit durch die glaubwürdige Darstellung	53
	2.2.2.2.2.2	Substance-over-form-Grundsatz	55
	2.2.2.2.2.3	Vorsicht als Teil einer neutralen Darstellung	58

2.2.2.2.3	Ergänzende qualitative Anforderungen an die IFRS-Bilanzierung	60
3	GoB-System als Grundlage der Bilanzierung von Kundenbeziehungen und Vergleich mit der Bilanzierung nach IFRS	63
3.1	Notwendige Prüfung der Immaterialität sowie der Zugehörigkeit zum Anlagevermögen in beiden Rechnungslegungssystemen	63
3.1.1	Immaterialität	63
3.1.1.1	GoB: Bestimmung der Immaterialität durch teleologische Auslegung	63
3.1.1.2	IFRS: Kriterium der fehlenden physischen Substanz	65
3.1.2	Zugehörigkeit zum Anlagevermögen	65
3.1.2.1	GoB: Voraussetzung für die Aktivierung selbst erstellter Güter	65
3.1.2.2	IFRS: Voraussetzung für die Aktivierung nach IAS 38	66
3.2	Erste Objektivierung durch die Definition eines vermögenswerten Vorteils	67
3.2.1	GoB: Vermögenswertprinzip	67
3.2.1.1	Maßgeblichkeit eines zukünftigen Einnahmenüberschusspotenzials	67
3.2.1.2	Positiver Ertragswertbeitrag rein wirtschaftlicher Vorteile	68
3.2.1.2.1	Tatsächliche Zustände, konkrete Möglichkeiten oder Vorteile für den Betrieb	68
3.2.1.2.2	Konkretisierung durch Erwerbsprinzip	69
3.2.2	IFRS: Erwartung eines künftig wirtschaftlichen Nutzens aufgrund von Ereignissen in der Vergangenheit	70
3.2.2.1	Nutzenstiftung einer am Bilanzstichtag vorhandenen Ressource	70

3.2.2.2	Abweichende Definition eines Vermögenswerts nach dem Rahmenkonzept durch die Anknüpfung an die Ressource der Nutzenstiftung	71
3.3	Greifbarkeit: Abgrenzung vom Geschäfts- oder Firmenwert dem Grunde nach	73
3.3.1	Objektivierungsbedingte Forderung nach Kontrolle durch eine Anknüpfung an Rechtspositionen	73
3.3.1.1	GoB: Steuerrechtliche Typisierungsvermutung	73
3.3.1.1.1	Typisierte Greifbarkeit von Sachen und Rechten im Gegensatz zu rein wirtschaftlichen Vorteilen	73
3.3.1.1.2	Mangelnde Adäquanz einer steuerrechtlichen Typisierungsvermutung als GoB	74
3.3.1.2	IFRS: Rückgriff auf die Zivilrechtsstruktur	75
3.3.1.2.1	Typisierte Greifbarkeit durch das Contractual-Legal-Kriterium im Fall des separaten Erwerbs gemäß IAS 38	75
3.3.1.2.2	Weite Auslegung des Contractual-Legal-Kriteriums bei Unternehmenszusammenschlüssen gemäß IFRS 3	78
3.3.1.2.3	Begriffliche Anknüpfung an die Zivilrechtsstruktur im Rahmenkonzept 2018 durch das Verständnis der wirtschaftlichen Ressource als ein Recht	80
3.3.2	Beurteilung der faktischen Kontrolle über das Gut	81
3.3.2.1	GoB: Indirekte Forderung nach Kontrolle	81
3.3.2.1.1	Mangelnde Greifbarkeit bestimmter nicht kontrollierbarer Vorteile	81

	3.3.2.1.1.1	Ausschluss von im Allgemeinge- brauch stehenden Vorteilen	81
	3.3.2.1.1.2	Ausschluss von personen- gebundenen Vorteilen	82
	3.3.2.1.2	Unentziehbarkeit als Prinzip der wirtschaftlichen Vermögenszugehörigkeit	84
3.3.2.2		IFRS: Definitionskriterium der Verfügmngsmacht	85
	3.3.2.2.1	Verfügmngsmacht im Sinne einer faktischen Unentziehbarkeit	85
	3.3.2.2.2	Rückgriff auf die Kontrolle im Rahmenkonzept 2018	87
3.3.3		Konkretisierung der Greifbarkeit	90
	3.3.3.1	GoB: Maßgebliche Übertragbarkeit mit dem gesamten Unternehmen	90
	3.3.3.1.1	Überkommene Übertragbarkeitskonzeptionen	90
	3.3.3.1.1.1	Ausschluss rein wirtschaftlicher Güter durch Einzelvollstreck- barkeit	90
	3.3.3.1.1.2	Stark ermessensbe- haftete Beurteilung der konkreten und abstrakten Einzel- veräußerbarkeit	91

3.3.3.1.1.3	Ausschluss rein unternehmensintern nutzbarer Güter durch die Forderung nach Einzelverwertbarkeit	93
3.3.3.1.2	Dominanz einer wirtschaftlichen Übertragbarkeit	95
3.3.3.1.2.1	Maßgeblichkeit der Übertragbarkeit mit dem gesamten Unternehmen	95
3.3.3.1.2.2	Schwache Objektivierungswirkung auf die Bilanzierungsfähigkeit von Kundenbeziehungen	96
3.3.3.1.3	Gegenwärtiger Diskussionsstand zur Forderung der Einzelverwertbarkeit	102
3.3.3.1.3.1	Widersprüchliche Aufwertung der Einzelverwertbarkeit in der Regierungsbeurteilung des BilMoG	102
3.3.3.1.3.2	Ausweitung der abstrakten Einzelverwertbarkeit durch DRS 24	103

	3.3.3.1.3.3	Keine zweckadäquate Konkretisierung von Kundenbeziehungen durch die Forderung nach Einzelverwertbarkeit	106
3.3.3.2		IFRS: Identifizierbarkeitsmerkmale als zentrale Aktivierungsvoraussetzung immaterieller Vermögenswerte	107
	3.3.3.2.1	Konkretisierung durch Separierbarkeit	107
	3.3.3.2.1.1	Notwendige Verwertbarkeit einzeln oder mit anderem Vermögenswert	107
	3.3.3.2.1.2	Weite Auslegung der Separierbarkeit bei im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen zugewandenen Vermögenswerten	110
	3.3.3.2.1.3	Parallele der Einzelverwertbarkeitskonzeption des DRSC zur Separierbarkeit gemäß IFRS	112
	3.3.3.2.2	Keine dominierende Rolle der Identifizierbarkeit bei der Definition im Rahmenkonzept 2018	113
3.4		Selbständige Bewertbarkeit: Abgrenzbarkeit vom originären Geschäfts- oder Firmenwert der Höhe nach	114

3.4.1	GoB: Grundsatz eines weiten Verständnisses einer wirtschaftlichen Realisierbarkeit des Vermögensvorteils	114
3.4.1.1	Schwache Objektivierungswirkung durch eine griffweise Schätzung	114
3.4.1.2	Überkommene Bestätigung der Werthaltigkeit insbesondere rein wirtschaftlicher Güter durch den entgeltlichen Erwerb	118
3.4.1.3	Aktivierung selbst erstellter immaterieller Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	120
3.4.1.3.1	Aktivierungswahlrecht des § 248 Abs. 2 S. 1 HGB	120
3.4.1.3.1.1	Notwendigkeit des Vorliegens eines Vermögensgegenstands	120
3.4.1.3.1.2	Notwendige Trennung der Forschungs- und Entwicklungsphase	121
3.4.1.3.2	Ausnahmeregelungen bei fehlender zweifelsfreier Abgrenzbarkeit vom Geschäfts- oder Firmenwert	123
3.4.1.4	Notwendigkeit der (zusätzlichen) Objektivierung insbesondere rein wirtschaftlicher Güter	125
3.4.1.4.1	Konkretisierung durch den Projektbezug	125
3.4.1.4.2	Konkretisierung durch den entgeltlichen Erwerb	127
3.4.1.4.2.1	Beibehaltung des entgeltlichen Erwerbs für die Steuerbilanz	127

3.4.1.4.2.2	Möglichkeit einer objektivierungsbedingten Beibehaltung des entgeltlichen Erwerbs für die Handelsbilanz	129
3.4.1.5	Differenzierte Betrachtung des rein wirtschaftlichen Gutes Kundenbeziehungen	130
3.4.1.5.1	Gesetzliches Aktivierungsverbot von selbst erstellten Kundenlisten	130
3.4.1.5.2	Aktivierungsverbot bei fehlender Abgrenzbarkeit von den Vertriebskosten	131
3.4.1.5.3	Originäre Kundenverträge	132
3.4.1.5.3.1	Grundsätzlich restriktiver Ansatz originärer Kundenverträge	132
3.4.1.5.3.2	Möglichkeit der Aktivierung bestimmter originärer Kundenverträge	134
3.4.1.5.4	Hinreichende Objektivierung im Fall einzeln übertragener Kundenbeziehungen	135
3.4.1.5.5	Problematik der selbständigen Bewertbarkeit im Zuge eines Unternehmenskaufs erworbener Kundenbeziehungen	136
3.4.1.5.5.1	Maßgabe einer wirtschaftlichen Betrachtung bei der Aufteilung des Gesamtkaufpreises	136

	3.4.1.5.5.2	Keine pauschale Objektivierung von erworbenen Kundenverträgen	139
3.4.2		IFRS: Weitergehende Objektivierung durch konkretisierende Ansatzkriterien	140
	3.4.2.1	Wahrscheinlichkeit des Nutzenzuflusses und verlässliche Bewertbarkeit	140
	3.4.2.2	Unterschiedlicher Stellenwert und divergierende Ausgestaltung der Kriterien in Abhängigkeit der Zugangsart	141
	3.4.2.2.1	Gesonderte (un-)entgeltliche Anschaffung	141
	3.4.2.2.2	Selbst geschaffene immaterielle Vermögenswerte	142
	3.4.2.2.2.1	Mangelnde Erfüllung der Kriterien in der Forschungsphase	142
	3.4.2.2.2.2	Mögliche Aktivierung von Entwicklungskos- ten	143
	3.4.2.2.2.3	Ansatzverbot bestimmter Güter	145
	3.4.2.2.2.4	Kein pauschaler Ansatz originärer Kundenverträge	146
	3.4.2.2.3	Typisierte Erfüllung der Kriterien bei einzeln oder im Rahmen von Unternehmenszu- sammenschlüssen erworbenen Vermögenswerten	147
	3.4.2.2.3.1	Wahrscheinlichkeit	147
	3.4.2.2.3.2	Verlässliche Bewertbarkeit	148

3.4.2.2.3.3	Auswirkungen auf den Ansatz von Kundenbeziehungen	149
3.4.2.2.3.4	Von der Selbsterstellung divergierende Beurteilung laufender Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses	150
3.4.2.3	Eliminierung der Ansatzkriterien im Rahmenkonzept 2018	152
3.4.2.4	Perspektivische Auflösung bestehender Inkonsistenzen zwischen Rahmenkonzept und Einzelstandards	155
4	Alternative Konkretisierung des Vermögensbegriffs auf Grundlage der Property-Rights-Theorie	159
4.1	Notwendigkeit einer alternativen konzeptionellen Basis	159
4.2	Objektivierung durch Anknüpfung an Property Rights: Definition eines Gutes als Möglichkeit der Nutzenziehung aus einem bestehenden Property Right	160
4.2.1	Vorliegen eines Rechts im Sinne der Property-Rights-Theorie	160
4.2.2	Vorhandenes Potenzial zur Nutzenziehung	163
4.2.3	Kontrolle über das vorhandene Property Right	164
4.2.4	Übertragung des einzelnen Property Rights keine notwendige, aber hinreichende Bedingung	165
4.2.5	Einfluss von Transaktionskosten und institutionellen Rahmenbedingungen	166
4.3	Anwendbarkeit der Property-Rights-Theorie für die Bilanzierung nach GoB und IFRS	167
4.3.1	Vereinbarkeit der Property-Rights-Ansätze mit dem GoB-Bilanzverständnis der Ausschüttungsstatik	167

4.3.2	Vereinbarkeit des Property-Rights-Ansatzes mit der Zeitwertstatik als den IFRS zugrunde liegendem Bilanzverständnis	169
4.4	Analyse der Aktivierungsfähigkeit einzelner Kosten nach Maßgabe der Property-Rights-Theorie	170
4.4.1	Forschung und Entwicklung	170
4.4.2	Fort- und Weiterbildung	171
4.4.3	Marketingmaßnahmen und Kundenbeziehungen	171
5	Thesenförmige Zusammenfassung	175
	Verzeichnis zitierter Schriften	185
	Verzeichnis zitierter Rechtsprechung	214
	Verzeichnis zitierter amtlicher Drucksachen	217
	Verzeichnis zitierter Gesetze	218

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
Art.	Artikel
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BB	BetriebsBerater (Zeitschrift)
BC	Basis für Conclusions
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
BFH	Bundesfinanzhof
BFH/NV	Sammlung amtlich nicht veröffentlichter Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BGH	Bundesgerichtshof
BFuP	Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis (Zeitschrift)
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BilRuG	Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
BR-DrS	Drucksache des Deutschen Bundesrats
BSG	Bundessozialgericht
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT-DrS	Drucksache des Deutschen Bundestags
Buchst.	Buchstabe
CCCTB	Common Consolidated Corporate Tax Base
CF	Conceptual Framework
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DFB	Deutscher Fußball-Bund e.V.

DK	Der Konzern (Zeitschrift)
DP	Discussion Paper
DPR	Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung
DRS	Deutscher Rechnungslegungs Standard
DRSC	Deutsches Rechnungslegungs Standard Committee
DSGVO	Datenschutz-Grundverordnung
DSR	Deutscher Standardisierungsrat
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DStRE	Deutsches Steuerrecht – Entscheidungsdienst
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung
ED	Exposure Draft
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte
EFRAG	European Financial Reporting Advisory Group
ESMA	European Securities and Markets Authority
ESTG	Einkommensteuergesetz
EuGH	Europäischer Gerichtshof
f.	folgende
FASB	Financial Accounting Standards Board
FG	Finanzgericht
FISG	Gesetz zur Stärkung der Finanzmarktintegrität
GastG	Gaststättengesetz
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GoB	Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung
GrS	Großer Senat
HGB	Handelsgesetzbuch
IAS	International Accounting Standards
IASB	International Accounting Standards Board
IASC	International Accounting Standards Committee
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer
IDW PS	IDW-Prüfungsstandard
IFRIC	International Financial Reporting Interpretations Committee
IFRS	International Financial Reporting Standards
IRZ	Zeitschrift für Internationale Rechnungslegung
i. V. m.	in Verbindung mit
JbFfStR	Jahrbuch der Fachanwälte für Steuerrecht
KoR	Kapitalmarktorientierte Rechnungslegung (Zeitschrift)
krit.	kritisch
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht (Zeitschrift)

m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
OLG	Oberlandesgericht
PiR	Praxis der internationalen Rechnungslegung (Zeitschrift)
PublG	Publizitätsgesetz
RefE	Referentenentwurf
RFH	Reichsfinanzhof
RFHE	Sammlung der Entscheidungen und Gutachten des Reichsfinanzhofs
Rn.	Randnummer
RsprEinhG	Gesetz zu Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe des Bundes
SGB V	Sozialgesetzbuch, 5. Buch, Gesetzliche Krankenversicherung
SIC	Standing Interpretations Committee
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und des Gerichts Erster Instanz
SME	small and medium sized enterprises
Sp.	Spalte
StuB	Steuern und Bilanzen, Zeitschrift für das Steuerrecht und die Rechnungslegung der Unternehmen
StuW	Steuer und Wirtschaft (Zeitschrift)
WPg	Die Wirtschaftsprüfung (Zeitschrift)
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft
ZfbF	Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht